

## B 249: Keine Hoffnung auf Baubeginn 2012

VON TOBIAS STÜCK

**FRIEDA.** Mit dem Unterzeichnen einer Resolution zum schnellen Bau der Südumgehung von Frieda ging das Bürgergespräch mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten am Montagabend zu Ende. Darin fordern Lothar Quanz (SPD), Helmut Heiderich (CDU), Jürgen Lenders (FDP), Hans Giller (SPD) und in Abwesenheit Stefan Reuß (SPD) Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer auf, Mittel für den Bau der Umgehung freizugeben. Eine weitere Verzögerung sei nicht akzeptabel.

Zu dem Bürgergespräch hatte Bernd Appel von der Bürgerinitiative (BI) „Pro Südumgehung“ eingeladen. „Wir wollen weiter bohren und zeigen, dass uns die Absage des Straßenbaus nicht unberührt lässt“, sagte Appel gegenüber der WR.



In der Diskussion: (v.l.) Bürgermeister Hans Giller, BI-Sprecher Bernd Appel, MdB Helmut Heiderich und MdL Lothar Quanz.



Etwa 120 Besucher folgten der Diskussion.

Fotos: Stück

Nach der Planfeststellung im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung jetzt mitgeteilt, dass für die Ortsumgehung kein Geld zur Verfügung stehe. Seit mehr als 20 Jahren wird der Bau gefordert. Nach der Grenzöffnung hatte sich die Verkehrssituation in dem Meinharder Ortsteil verschärft. Mittlerweile gehört die Umgehungsstraße zu den vordringlichen Projekten, trotzdem wurde für das Haushaltsjahr 2012 kein Geld bereitgestellt.

Bundestagsabgeordneter Helmut Heiderich schürte bei den etwa 120 Besuchern in der Weinberghalle die Hoffnung, dass im Haushalt 2013 zumindest ein Teil der 4,5 Millionen teuren Umgehungsstrecke finanziert werden könnte. Der zweite Teil könne dann im Haushalt 2014 fortgesetzt werden. Außerdem erklärte er die Möglichkeit, dass das Projekt Frieda aufgrund der vergleichsweise geringen Auftragssumme von 4,5 Millionen Euro ersatzweise umgesetzt werden könne, wenn ein anderes Projekt nicht realisiert wird.

Während der Diskussion schoben die beiden Landtagsabgeordneten Quanz und Lenders sowie Bundestagsabgeordneter Heiderich die Verantwortung zwischen Bund und Land hin und her. „Das Projekt muss in den Bundeshaushaltsplan, das müssen wir aus dieser Diskussion heute Abend mitnehmen“, sagte Lothar Quanz. Heiderich sieht dafür keine Chancen. Dafür hat er für die BI ein Gespräch mit dem christdemokratischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium in Berlin organisiert. Das wird voraussichtlich im nächsten Jahr stattfinden.

PHN-WR/HS-02-V1